74. Jahrgang. Nr. 163 — Sonntag, 6. April 1930

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden
Fernsprecher-Sammelnummer: 25241
Nur für Nachtgespräche: Nr. 20011
Schriftleitung u. Hauptgeschäftsstelle: Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42

Bezugsgebühr vom 1. bis 15. April 1930 bei täglich zweimaliger Zustellung frei Haus 1.70 Mk. Postbezugspreis für Monat April 3.40 Mk. einschl. 96 Pfg. Postgebühr (ohne Postzustellungsgebühr). Einzelnummer 15 Pfg., außerhalb Dresdens 20 Pfg. Anzeigenpreise: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet: die einspaltige 30 mm breite Zeile 35 Pfg., für auswärts 40 Pfg., Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 25 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 200 Pfg., außerhalb 250 Pfg. Offertengebühr 30 Pfg. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung

Druck u. Verlag: Liepsch & Reichardt, Dresden. Postscheck-Kto. 1068 Dresden
Nachdruck nur mit deutl. Quellenangabe (Dresdn. Nachr.) zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Die Hürde

Die Parteien der Großen Koalition haben wie die beiden edlen Polen in Heines Lied gehandelt. Sie haben zusammen eine große, eine riesige Zeche gemacht, als sie den Tributplan annahmen. Wie es sich aber um das Bezahlen handelte, sind sie sich in die Haare geraten. „Und da keiner wollte leiden, daß der andere für ihn zahl', zahlte keiner von den beiden." Bei uns allerdings müßte es umgekehrt heißen: „Und da der eine haben wollte, daß der andere für ihn zahle, zahlte keiner von den beiden." So scheiterte die Große Koalition an den Defizits des Etats und der Erwerbslosenversicherung, an den neuen Steuern und der Steuersenkung für 1931, die die Sozialdemokratie nicht zugestehen wollte. Das Kabinett Brüning, das mit Ach und Krach in den Sattel gehoben wurde und nun seine ersten Reitversuche unternimmt, sieht sich gleich vor der Hürde der Steuererhöhungen und dem Graben des Defizits von 815 Millionen Mark, zu dem noch ein Defizit der Länder in Höhe von 200 Millionen Mark hinzukommt. Wird das Pferd scheuen? Wird sich Brüning als ein besserer Reiter zeigen als Müller? Wird der Reichstag Graben und Hürde nehmen wollen? Die ersten Verhandlungen im Steuerausschuß sind wenig hoffnungsvoll gewesen. Jede Partei hat ihre Sonderwünsche, und jede Partei lehnt die Sonderwünsche der anderen ab. Es zeigt sich jetzt, wie riskant es für die Regierung war, mit dem abgelehnten Steuerkompromiß des Kabinetts Müller wiederum vor der Volksvertretung zu erscheinen. Allerdings darf die Regierung nach dem Ausscheiden der Sozialdemokratie hoffen, die Parteien, auf deren Unterstützung sie nun angewiesen ist, würden die Einsicht wohl aufbringen, daß Etatsberatungen nicht dazu sind, Liebesgaben unmittelbarer oder mittelbarer Art zu verteilen, sondern daß es vornehmste Pflicht des Parlaments ist, Treuhänderfunktionen für die steuerzahlende Gesamtheit des Volkes gegenüber den Organen der Exekutive auszuüben.

Der Reichstag überwacht die Ausgabenpolitik der Regierung, und die Regierung bestimmt diese Ausgaben selbst. Das wäre der gesunde, normale Weg. Bisher haben die Parteien, hauptsächlich die Sozialdemokratie, jedoch über die Ausgaben selbst bestimmt. Das hat zu einer Uebersteigerung der öffentlichen Lasten geführt, bei der schließlich alle Volksschichten, gerade auch die Wähler der Sozialdemokratie, die Leidtragenden wurden. Was nützt es beispielsweise dem sozialdemokratischen Urwähler, wenn ihm in der Volksversammlung von seinem Reichstagsabgeordneten mit dem Brustton der Ueberzeugung gesagt wird, wir haben es erreicht, daß die Reichszuschüsse für die Invaliden-, die Kranken- und die Knappschaftsversicherung von 135 Millionen Mark im Jahre 1925 auf 568 Millionen Mark im Jahre 1929 angeschwollen sind, sich also mehr als vervierfacht haben, und wenn zugleich, durch das Anwachsen der Steuerlasten, der Betrieb, in dem dieser Urwähler arbeitet, aus mangelnder Rentabilität geschlossen werden mußte, der Urwähler also durch die Ausgabenwirtschaft, auf die sein Reichstagsabgeordneter so stolz ist, arbeitslos geworden ist? Was nützt es ihm da, wenn er hört, daß es seiner Partei gelungen ist, das Vermögen dieser Versicherungsträger in den letzten Notjahren auf 2603 Millionen Mark zu steigern? Diese Zuschußwirtschaft war ja, wie die Vermögenslage bezeugt, nicht durch eine ungünstige finanzielle Lage der Sozialversicherungen bedingt, sondern allein durch das Bedürfnis der Linksparteien, unsympathische Steuern und Zollgesetze zur Vermehrung der Zuschüsse des Reiches zu den Sozialversicherungen heranzuziehen, um sie ihren Wählern schmackhafter zu machen. Wohlgemerkt. Ohne Not! Ohne jede sachliche Notwendigkeit. Nur um dem Agitationsbedürfnis der Sozialdemokratie entgegenzukommen. Die Leistungen der Versicherungen wären ohne die enorme Steigerung der Zuschüsse nicht gemindert worden. Aber das Reich brauchte jetzt nicht so verzweifelt nach neuen Steuern zur Deckung seines Defizits Ausschau zu halten. Und die Erwerbslosigkeit im Reiche wäre lange nicht so hoch. Jedes Mittel, die Erwerbslosigkeit zu mindern, ist aber zur Zeit die beste Sozialpolitik. Der jetzige Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer hat bereits im Juni 1929 auf den unerhörten Zustand hingewiesen, daß das arme Reich heute überhaupt keinen Betriebsmittelfonds hat, vielmehr seine Betriebsmittel sich durch Darlehen bei den Banken beschafft, während die sozialen Versicherungsträger enorme Zuschüsse aus veralteten Zugeständnissen an die Sozialdemokratie bekommen, deren sie gar nicht bedürfen.

Selbstverständlich denkt niemand in Deutschland daran, die sozialen Leistungen abzubauen. Niemand! Aber die staatsbürgerlich gesinnten Parteien sollten den Mut finden, auch vor Maßnahmen nicht zurückzuscheuen, die von der Sozialdemokratie als unpopulär verfemt sind. Der Urwähler hat in der letzten Zeit begreifen gelernt, daß eine schranken- und sinnlose Erhöhung der Staatsausgaben ihm nur selbst schadet. Sei er Arbeitgeber oder Arbeitnehmer. In dem einen Falle belasten neue Steuern seinen Betrieb in unerträglicher Weise, in dem anderen Falle hat er durch Arbeitslosigkeit, verursacht durch die schrankenlose Ausgabenpolitik, zu leiden.

Wenn sich jetzt die Parteien über die Deckung des Defizits nicht zu einigen vermögen, und wenn die Regierung glaubt, mit der Peitsche der Reichstagsauflösung und dem Sporn des Artikels 48 die Hürde der neuen Steuern nehmen zu können, so sollte man sich doch schon vorher überlegen, ob nicht noch ein anderer Weg gangbar ist. Und diesen Weg sehen wir in dem Versuch, schon jetzt Ausgabensenkungen vorzunehmen, um auf die eine oder andere unbequeme Steuer verzichten zu können. Der Hansabund hat hierzu soeben eine Denkschrift veröffentlicht, in der er detaillierte Vorschläge macht, wie man sofort eine Ausgabensenkung im Betrage von 760 Millionen Mark bewerkstelligen könnte. In dieser Denkschrift heißt es: „Der Weg von der Steuersenkung zur Steuererhöhung ist nicht erforderlich. Es ist verantwortbar, mit Nachdruck festzustellen, daß sogar ein Steuersenkungsprogramm im Ausmaß von etwa 1,1 Milliarden Reichsmark bereits mit Wirkung vom 1. Oktober 1930 in Kraft treten könnte." Die Senkungsvorschläge des Hansabundes beschäftigen sich mit sämtlichen Ministerien. Es ist hier nicht der Platz, sie auf ihre Durchführbarkeit im einzelnen zu prüfen. Aber das eine muß festgestellt werden, wenn sich sachliche Gründe für Senkungen im Ausmaße von 760 Millionen anführen lassen, dann bedeutet das unzweifelhaft, daß bei gutem Willen unbeschadet der Höhe Senkungen zweifellos durchgeführt werden können. In welchem Ausmaße schon jetzt gespart werden muß, das sei den Parteien und der Regierung überlassen. Das hängt auch in erster Linie davon ab, inwieweit der Reichstag die neuen Steuerprojekte der Regierung billigen will. Wir haben bereits gezeigt, daß der Sozialetat, ohne die Gefahr einer Leistungsminderung, zum mindesten in der gegenwärtigen Notzeit, solange das Reich durch die Erwerbslosenversicherung vorbelastet ist und überdies noch an jedem Monatsende bei den Banken um die Verlängerung eines teuren Milliardenkredits nachsuchen muß, eine nicht unbedeutende Kürzung der Sonderzuschüsse aus den Zolleinnahmen und der Lohnsteuer verträgt.

Die Regierung muß in dem einen und dem anderen Falle ja doch mit der Opposition der Sozialdemokratie rechnen. Auf sie Rücksicht zu nehmen, ist also unnötig. Und ihrer schrankenlosen Agitation in einem kommenden Wahlkampfe kann mit positiven Taten, die sich in der Verminderung der Erwerbslosigkeit auswirken müssen, von den staatsbürgerlichen Parteien sehr wohl begegnet werden. Die Regierung Brüning sitzt noch nicht fest genug im Sattel, um den Sprung über die Hürde der neuen Steuern sich leisten zu können. Sie benütze also die Möglichkeiten, die Hürde bereits jetzt auf eine tragbare Höhe zu vermindern. Es kommt für sie nicht darauf an, auf der Zweckmäßigkeit dieser oder jener Steuererhöhung zu bestehen. Für das Kabinett Brüning ist es vielmehr eine Existenzfrage, angesichts der erschreckenden Zermürbung der deutschen Steuerkraft, der Katastrophe der Landwirtschaft und einer Arbeitslosigkeit, die drei Millionen Menschen schwer notleidend macht, jeden Weg zu benützen, der zur Minderung dieser Nöte führt. Mag die Sozialdemokratie über die eine oder andere Sparmaßnahme zetern. Wenn es der Regierung gelingt, ohne allzusehr auf die Parteien zu hören, durch sofortige Taten die Vertrauenskrise zu überwinden, dann ist sie den richtigen Weg gegangen: Ueberwindung der Arbeitslosigkeit durch gesunde Wirtschafts- und Finanzpolitik!

Franzosenabschied vom Rhein

Ohne Theater geht es nicht

Drahtbericht unseres Pariser Korrespondenten

Paris, 5. April. Zu den infolge der Neuorganisierung des französischen Heeres in Auflösung begriffenen Truppenteilen gehört auch das 8. Jägerbataillon zu Fuß, das bisher in Kreuznach in Garnison lag. Am 1. April ist es durch Dekret des Kriegsministers aufgelöst worden. Aus diesem Anlaß hat der Bataillonskommandant, wie die in Paris erscheinende „Illustration" berichtet, seine Truppe noch einmal am Ufer des Rheins versammelt, um ihr eine letzte bleibende Erinnerung an die Zeit der Besetzung der deutschen Rheinlande zu hinterlassen. Das ganze Bataillon wurde mit Musik und fliegenden Fahnen bei Bacharach an das Rheinufer geführt und, nachdem die Musik auf der Terrasse der Burg Stahleck einen französischen Marsch gespielt hatte, traten der Bataillonskommandant selbst und die Kompanieführer vor die Front und tauchten die Bataillonsfahne in das Wasser des Rheinstromes. Der Bataillonskommandant hielt eine Ansprache an das Bataillon und erinnerte, wie die „Illustration" hinzufügt, an die ruhmreiche Zeit der elfjährigen Besetzung, bei der sich das Dichterwort bewahrheitet habe: „Wir haben den Rhein gehabt, euren deutschen Rhein, und seinen Wein schenkten eure Töchter uns ein."

Eine Ruhmrede Doumergues

Paris, 5. April. Der Präsident der französischen Republik hielt am Freitag auf einem Bankett in Nantes eine Ansprache, in der er den Willen Frankreichs bekräftigte, sich auf keinem Gebiet von anderen Nationen überflügeln zu lassen. Frankreich müsse sich, so erklärte er, zu diesem Zweck den Notwendigkeiten anpassen, vor die es nach dem Kriege unerwartet gestellt worden sei. Ohne starken Willen und Energie sei das nicht möglich. Im Kriege aber habe die Nation bewiesen, daß sie diese Fähigkeiten in höchstem Maße besitze. Dem Charakter der Stadt Nantes als Stadt der großen Reedereien Rechnung tragend, führte Doumergue weiter u. a. aus, Frankreich sei ein großes Land von Seeleuten gewesen. Es dürfe nicht aufhören, es zu sein denn das Meer werde in Zukunft noch mehr als in der Vergangenheit die große Handelsstraße unter den Nationen werden. Es sei in höchstem Maße notwendig, daß die französische Seerüstung in unserer Periode erbitterter Flottenkonkurrenz sich einen hervorragenden Platz erhalte und sichere, und daß sie hinter den legitimen Forderungen anderer großer Kolonialreiche nicht zurückstehe.

Rheinländer gegen Befreiungsfeiern

Statt dessen ernste Gedenkstunden

Berlin, 5. April. Die im „Westausschuß für Rhein, Pfalz und Saar" vereinigten landsmannschaftlichen Verbände haben folgendes beschlossen:

„Die Räumung der dritten Zone von französischen Truppen am 30. Juni ist kein hinreichender Anlaß zu rauschenden Kundgebungen. Die Heimat, das Rheinland einschließlich 50 Kilometer östlich des heiligen Stroms, bleibt infolge der Entmilitarisierung, der Wirtschaftskontrolle und der Sanktionsmöglichkeiten ein Gebiet minderen Rechts und minderen nationalen Schutzes. Dort schmachtet jetzt das treue deutsche Saargebiet unter fremder Herrschaft und sein Schicksal bleibt auch nach der Rheinlandräumung unklar, wenn nicht gefährdet. Ferner harrt Eupen-Malmedy trotz zehnjähriger Wartezeit noch vergeblich auf die zugesicherte „gerechte und unbeeinflußte Abstimmung".

Diesen Gedankengängen folgend werden im unbesetzten Gebiet unsere Ortsgruppen den Tag der Rheinlandräumung als ernste Gedenkstunde begehen.

Die rheinischen Landsmannschaften werden dabei, wie bisher, Fühlung und Mitarbeit mit den übrigen heimatstreuen Verbänden vor allem des deutschen Ostens suchen. Wie bei der unvergeßlichen rheinischen Jahrtausendfeier von 1925 sollen die schlichten Veranstaltungen in ein letztes Bekenntnis zur Geschlossenheit der deutschen Nation und zur Schicksalsverbundenheit aller ihrer Stämme ausklingen. Gerade die Rheinländer erscheinen nach jahrzehntelangem tapferen Ringen um ihre Freiheit besonders berufen, getreu den Worten des Reichspräsidenten, an der Linderung der Not des deutschen Ostens und der übrigen Grenzgebiete mitzuarbeiten.

Auch in der Reichshauptstadt, voraussichtlich im Reichstagssaal, wird eine solche Feier in Fühlung mit den landsmannschaftlichen Verbänden des Ostens abgehalten."

Brüning besteht auf seinem Programm

Berlin, 5. April. Amtlich wird mitgeteilt: Das Reichskabinett befaßte sich in seiner am Freitag unter dem Vorsitz des Reichskanzlers Dr. Brüning stattgehabten Sitzung mit den inzwischen vom Reichsrat verabschiedeten beiden Gesetzesvorlagen, betr. „Vorbereitung der Finanzreform" und „Uebergangsregelung des Finanzausgleiches". Beide Vorlagen gehen sofort dem Reichstag zu, so daß ihre erste Lesung bereits am kommenden Dienstag stattfinden wird. Das Reichskabinett erörterte sodann das weitere Vorgehen im Steuerausschuß des Reichstages, dessen Beratungen mit größter Beschleunigung zu Ende geführt werden müssen.

An dem Vorschlag der 75prozentigen Biersteuererhöhung hält die Reichsregierung fest.

Damit, daß die Reichsregierung an der 75prozentigen Erhöhung der Biersteuer festhält, sind die Pläne, eine gewisse Erhöhung der Umsatzsteuer vorzunehmen, um den entsprechenden Betrag aus dem Biersteuermehraufkommen zu senken, endgültig fallen gelassen worden. Wie bereits gemeldet, hatte die Wirtschaftspartei vorgeschlagen, die Umsatzsteuer in der Form gestaffelt heraufzusetzen, daß bis zu einer Million Mark jährlichen Umsatz eine Umsatzsteuer von 80 v. H. zu zahlen sei, während für darüber hinausgehende Umsätze eine weitere Staffelung auf 85 oder 90 v. H. einzuführen seien. Dieser Vorschlag ist jedoch auf gewisse grundsätzliche Bedenken innerhalb der Reichsregierung gestoßen, da sich eine derartige Staffelung nicht nur gegen die Warenhäuser, die davon in erster Linie betroffen werden sollten, richten, sondern auch gegen weite Kreise des Einzelhandels. Unter diesen Umständen erschien der Reichsregierung offenbar die Heraufsetzung der Biersteuer um 75 v. H. als das kleinere Uebel.

Bei den Besprechungen der Finanzsachverständigen über die Frage des Benzin- und Benzolzolls wurden lediglich technische Einzelheiten, insbesondere die Frage der Beimischung von Spiritus, behandelt.

Kabinettsberatungen über die Agrarhilfe

Von dem Plan, ein Rahmengesetz für die Gesamtheit der bevorstehenden großen Aufgaben (Deckungs-, Agrar- und Ostprogramm) einzubringen, hat das Kabinett Abstand genommen. Es will sich am Montag mit dem vom Reichsernährungsminister Schiele vorbereiteten Gesetz für die Agrarhilfe beschäftigen.